



**Freie Wählergemeinschaft
Brechen**

... weil es um Brechen geht!



Gerd Roos – Am Weizenschlag 22 – 65611 Brechen

An den
Gemeindevorstand der Gemeinde Brechen
Marktstraße 1
65611 Brechen

Antrag auf Prüfung der baulichen Erweiterung des Seniorenzentrums in Niederbrechen

Brechen, 22.06.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der aktuellen Sitzungsrunde beschäftigte uns das Seniorenzentrum „Mutter-Teresa-Haus“ in Niederbrechen in mehreren Punkten: bauliche Erweiterung und technische Renovierung der Küche und möglicher Wegfall der Kurzzeitpflegeplätze.

In den Diskussionen mit dem Caritasverband in den Ausschusssitzungen wurde die Einrichtung von 20 (oder mehr) Kurzzeitpflegeplätzen als eine mögliche Variante zumindest angesprochen und als mögliche Sicherung der Kurzzeitpflege am Standort Seniorenzentrum „Mutter-Teresa-Haus“ in Betracht gezogen.

Die Diskussion und Bereitschaft über eine zukunftsorientierte Sicherung der Kurzzeitpflege in Brechen mit der Caritas intensiver zu diskutieren, werden auch von zwei NNP Artikeln, „Hoffnung auf Kurzzeitpflegeplätze - Caritas plant eine neue Einrichtung im Landkreis“ vom 17.04.2019 und „In der Kurzzeitpflege sind die Plätze rar“ vom 31.10.2018 (siehe Anlagen), gestützt, in denen Kurzzeitpflege im Landkreis als problematisch auf Grund nicht ausreichend verfügbarer Plätze benannt wird. Die FWG Brechen sieht hier eine Chance, unseren älteren Mitbürgern in Brechen eine wohnortnahe Pflegevorsorge zu sichern.

Aus diesem Grund beantragen wir die Prüfung der baulichen Erweiterung des Seniorenzentrums in Niederbrechen und die Einstellung der für die Planungen erforderlichen Mittel in den Haushalt 2020. Denkbar wäre hier eine Erweiterung in Nord-/Ost-Richtung oder möglicherweise eine Aufstockung des Gebäudes, dies sollte aber von entsprechenden Fachleuten geprüft werden.

Der Caritasverband ist in die Planungen einzubeziehen, um ein abgestimmtes Konzept für eine Erweiterung zu erzielen und eine für beide Seiten sinnvolle und wirtschaftliche Lösung zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen


Gerd Roos
Fraktionssprecher

In der Kurzzeitpflege sind die Plätze rar von Sabine Rauch

Jede Menge Pflegeheime und Tagespflegeeinrichtungen, aber zu wenig Kurzzeitpflegeplätze. Zwar gibt es im Kreis 43 ambulante Pflegedienste, aber in einigen Gemeinden ist es schon schwer, den passenden Dienst zu finden. Und wie sieht es aus mit den Pflegekräften? In einer Serie widmen wir uns dem Thema Pflege in allen Facetten. Zum Auftakt geht es um die Versorgung im Landkreis, um die Altenhilfeplanung.

28 Alten- und Pflegeheime, 43 ambulante Pflegedienste, zwölf Tagespflegeeinrichtungen, ein Hospiz und dazu noch drei ambulante Hospizdienste, Palliativmediziner und Angebote für Menschen mit einer Demenzerkrankung - eigentlich ist der Landkreis Limburg-Weilburg ganz gut aufgestellt. „Jedenfalls gibt es seit Einführung der Pflegeversicherung keine großen Lücken mehr in der Versorgung“, sagt Ulrich Becker.

Er muss es wissen, er ist beim Sozialamt des Landkreises für die Seniorenarbeit und die Grundsatzangelegenheiten in Sachen Pflege zuständig - und damit für die Altenhilfeplanung. Der Landkreis habe die Aufgabe, die pflegerische Infrastruktur sicherzustellen, sagt Ulrich Becker: „Wir planen, wir können nicht handeln.“

Und er weiß auch, dass überall dort, wo sich mit Pflege Geld verdienen lässt, kein Handlungsbedarf besteht. Zum Beispiel bei der vollstationären Pflege, „1842 Pflegeheimplätze sind derzeit genug“, sagt Ulrich Becker. Auch bei der Tagespflege sei der Kreis gut aufgestellt. Kurzzeitpflegeplätze sind rar - und das schon seit langem und nicht nur in der Ferienzeit.

Finanzierung schwierig

„Es ist niemand bereit, spezielle Kurzzeitpflege-Einrichtungen zu finanzieren“, sagt Ulrich Becker. Früher habe es zwei Einrichtungen gegeben, „aber die ließen sich nicht zu den Bedingungen betreiben, die der Leistungsanbieter bereit war zu zahlen“. Jetzt müssen alle, die mal Entlastung von der Pflege der Angehörigen brauchen, hoffen, dass in einem Pflegeheim ein Platz frei ist. In den Ferien ist die Chance eher gering, 122 Plätze sind nicht genug.

Wer eine Wohnung mit dem Versprechen auf „betreutes Wohnen“ sucht, wird eher fündig - vor allem in den Städten entstehen auf einmal Häuser mit Apartments. Die Preise sind hoch, aber die Bewohner wissen die Infrastruktur zu schätzen. „Auf dem Pflegemarkt lassen sich Renditen erzielen“, sagt Ulrich Becker.

Allerdings ist „betreutes Wohnen“ nicht unbedingt das, was sich die Käufer oder Mieter erhoffen. „Betreutes Wohnen“ ist kein geschützter Begriff, sagt Becker. Barrierefrei muss die Wohnung sein, alles kann man sich dazukaufen: hauswirtschaftliche Unterstützung, Notruf, Gesellschaft oder Pflege.

Unter dem Begriff der „ambulanten Vollversorgung“ werden Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsangebote zusammengefasst erklärt Becker. Dazu gehören zum Beispiel ein Apartment, ein ambulanter Pflegedienst, eine Tagespflegeeinrichtung und vielleicht noch eine Hilfe für den Haushalt. Die Preise sind dabei genauso individuell wie die Leistungen - aber genau das wissen die Bewohner zu schätzen.

Bei der Pflege ist die Wahlfreiheit Pflicht. „Das hessische Heimgesetz verbietet eine Verkoppelung mit einem Pflegedienst. Sonst wäre es eine stationäre Pflegeeinrichtung.“ Und für die gelten dann wieder andere gesetzliche Regeln und andere Pflegesätze.

43 ambulante Pflegedienste haben den Landkreis unter sich aufgeteilt, aber einige Lücken gibt es schon. Es wird immer schwieriger, einen Pflegedienst zu finden. „Die ambulante Pflege bricht uns weg“, sagt Becker. Es fehlt schlicht und einfach an Personal. Es gebe immer weniger Schulabgänger, aber große Begehrlichkeiten in den verschiedensten Berufszweigen. Also fehle es zwangsläufig an Interessenten für diesen Beruf. „Und Altenpflege geht an die Substanz.“

Wer pflegt zu Hause?

„Ambulant geht vor stationär“ ist immer leicht gesagt“, sagt Becker und fragt: „Wer steht denn zur Verfügung, um den Patienten den zusätzlichen Schutzrahmen zu bieten?“ Die Zahl der Pflegegeldempfänger nehme zu, die Zahl der erwerbstätigen Frauen auch. „Wer pflegt denn dann zu Hause?“ Bei vielen Pflegegeldempfängern hätten längst Frauen aus Osteuropa die Versorgung übernommen. „Ohne diese Frauen hätten wir ein Problem. Und die Gesellschaft verschließt die Augen.“ Auch vor den Arbeitsbedingungen der Frauen. Denn viele von ihnen sind nicht sozialversichert und damit quasi rechtlos. Rund 2000 Euro kostet eine Pflegehilfe aus Polen oder Bulgarien - wenn sie angemeldet und sozial- und rentenversichert ist. „Die Preise hängen auch von den Deutschkenntnissen ab.“ Wer Konversation führen möchte, zahlt mehr.

Studien zeigten, dass eigentlich niemand ins Altenheim wolle, sagt Becker. Und mit jedem Heim, das Probleme hat, werde diese Art des Wohnens weiter diskreditiert. Dennoch seien Pflegeheime unverzichtbar. Einige Menschen seien im Heim einfach besser aufgehoben als zu Hause: „Wenn die häusliche Pflege nicht mehr leistbar ist oder jemand vereinsamt.“

Gemeinsinn zeigen

In Sachen Pflege habe sich inzwischen einiges getan, sagt Becker. Aber noch nicht genug und nicht immer das Richtige: Die Gesellschaft könne die Verantwortung nicht einfach auf die Behörden und Ämter übertragen, sagt Becker: „Die können die Verantwortung gar nicht tragen.“ Die Menschen müssten sich wieder gegenseitig unterstützen, „das Quartier neu beleben“, alternative Wohnformen schaffen, Gemeinsinn zeigen.

Früher habe man sich doch auch geholfen. „Wir alle sind gefragt.“ Schließlich ist es schon lange bekannt, dass die Menschen immer älter und damit pflegebedürftiger werden. „Aber da ist irgendwann niemand mehr, der uns pflegt.“

© Rauch, Sabine

PFLEGE

Hoffnung auf Kurzzeitpflegeplätze - Caritas plant eine neue Einrichtung im Landkreis

von Sabine Rauch

In einer Serie widmeten wir uns dem Thema Pflege in allen Facetten. Heute, zum Abschluss, geht es um die Frage, warum der Urlaub von der Pflege so ein großes Problem ist.

Auf dem Papier ist es ganz einfach: Pflegende Angehörige haben Anspruch auf Urlaub von der Pflege. Vier Wochen im Jahr sollen sie sich erholen können, durchschlafen, mal auf andere Gedanken kommen; die Pflegekasse übernimmt die Kosten. In der Wirklichkeit ist das ein Problem, zumindest im Landkreis Limburg-Weilburg: Wer Glück hat, findet vielleicht sogar ein Pflegeheim, in dem er Mutter, Vater oder Partner für ein paar Tage sicher aufgehoben weiß. Aber planen lässt sich das nicht. Und was ist mit dem Rechtsanspruch auf Urlaub?

„Es ist unzumutbar, dass Angehörige keine Planungssicherheit haben“, sagt Max Prümm, Geschäftsführer des Caritasverbandes für den Bezirk Limburg. Und: „Wir tun alles, was machbar ist, um das Problem zu lösen.“

Aber so einfach ist das eben nicht. Nicht einmal für die Caritas, einen der größten Anbieter in Sachen Pflege. Und das, obwohl die Caritas ein Anbieter ist, der keine großen Gewinne mit seinen Einrichtungen macht, der keine Dividenden ausschütten muss.

Wirtschaftlich arbeiten

„Wir müssen den Inflationsausgleich erreichen“, sagt Max Prümm. Mehr nicht. Und trotzdem scheitert der Urlaub von der Pflege für die Angehörigen am Geld. Denn auch die Caritas muss manchmal wirtschaftlich arbeiten. Mit Kirchensteuern könnten Einrichtungen wie Pflegeheime oder Sozialstationen nicht rechnen, auf diese Feststellung legt Max Prümm großen Wert. „Die müssen sich selbst tragen!“ Und Pflegeheime, in denen Zimmer für die Kurzzeitpflege freigehalten werden, rechnen sich nun mal nicht.

Im Mutter-Theresa-Haus in Niederbrechen hatte die Caritas bis vor ein paar Jahren neun Kurzzeitpflegeplätze und 36 vollstationäre Plätze. „Das ist mit Knirschen gut gegangen“, sagt Othmar Hicking, der Abteilungsleiter Seniorendienste beim Caritasverband Limburg. Aber auch nur deshalb, weil die Plätze in nachfrageschwachen Zeiten, also zum Beispiel nicht im Hochsommer, auch vollstationär belegt werden konnten. Doch damit war Schluss, als die Pflegekassen mit der Kündigung der Versorgungsverträge drohten - wenn die neun Plätze nicht ständig für die Kurzzeitpflege freigehalten werden. Doch das sei gar nicht möglich gewesen, sagt Othmar Hicking. Schließlich gebe es noch eine andere Vorschrift: dass die Einrichtung zu mindestens 98 Prozent belegt ist. „Und Kurzzeitpflege zu 98 Prozent auszulasten, ist faktisch unmöglich.“ Also musste Schluss sein mit der flexiblen Nutzung und damit mit den eingestreuten Kurzzeitpflegeplätzen im Mutter-Theresa-Haus.

Kompromiss bis Jahresende

Damit die Not der Angehörigen nicht noch größer wird, gibt es bis zum Ende dieses Jahres eine Art Kompromiss: Fünf der neun Kurzzeitpflegeplätze sind vollstationäre Plätze geworden, vier können als Kurzzeitpflegeplätze genutzt werden. „Aber in der Realität kommt das so gut wie nie vor.“ Denn auch der Bedarf an vollstationären Plätzen ist groß. „Das Mutter-Theresa-Haus ist permanent ausgelastet“, sagt Max Prümm.

Es gebe eigentlich nur eine Möglichkeit, dieser „klaren Fehlentwicklung in Sachen Bedarf“ zu begegnen: mit einer „solitären Kurzzeitpflege-Einrichtung“, also einer Einrichtung, die nur Kurzzeitpflegeplätze anbietet - und zwar zu besonderen Konditionen.

Eine Einrichtung, die zur Kurzzeitpflege-Einrichtung werden könnte, haben Max Prümm und Othmar Hicking auch schon im Blick. Welche das ist, wollen sie noch nicht verraten. Schließlich stehen die Verhandlungen mit den Pflegekassen noch aus. „Aber wir wären grundsätzlich bereit, eine Kurzzeitpflege-Einrichtung im Kreis zu schaffen“, sagt Max Prümm.

Zeitpunkt günstig

Und der Zeitpunkt ist günstig: „Wir stehen vor einer Umstrukturierungsphase unseres Heimverbundes.“ Insgesamt fünf Pflegeheime betreibt die Caritas in der Region, mit insgesamt 230 Plätzen, und gleich mehrere Einrichtungen müssten sowieso bald saniert werden. Eines dieser Häuser könnte dann eine neue Bestimmung bekommen, „wenn es für uns wirtschaftlich machbar wäre“. Davon hätten dann alle was, wenn auch erst frühestens in anderthalb Jahren: die pflegenden Angehörigen, die ihren Urlaub von der Pflege planen, wollen und auch die Caritas. „Wir wollen die ganze Palette darstellen“, sagt Prümm: mit stationärer Pflege, Tagespflege, ambulanter Pflege und ambulantem Palliativdienst. Da sei so eine Kurzzeitpflege-Einrichtung doch auch eine gute Werbung - für die Einrichtungen der Caritas, für das Pflege- und Betreuungskonzept. Natürlich seien die geplanten 27 Plätze bei Weitem nicht genug, sagt der Caritas-Geschäftsführer. „Aber wir sind ja nicht die einzigen Player im Kreis“, die anderen Anbieter seien genauso in der Verantwortung. Und auch sie wüssten ja um die Not der pflegenden Angehörigen.

© Rauch, Sabine